

Kein Zukunftskonzept

Der Übergang in die Sekundarstufe II nach dem neuen Schulgesetz

Jürgen Burger

Die Bremer Bildungssenatorin betreibt zwei schulorganisatorisch aufwändige Projekte, erstens die Auflösung der Förderzentren (Inklusion) und zweitens die Abschaffung der Bremer Oberstufenzentren. Die Sek.II-Zentren wurden als Schulform aus dem Schulgesetz gestrichen. Stattdessen sollen an einigen ausgewählten Oberschulen neue gymnasiale Oberstufen entstehen und bestehende gymnasiale Oberstufen mit Sek.I-Standorten zu neuen Oberschulen zusammengelegt werden. Leitbild ist dabei die „Durchgängigkeit“ von Schulen vom 5. bis zum 13. Jahrgang, parallel zu den acht Gymnasien, die von der 5. bis zur 12. Klasse zum Abitur führen. Diese Prioritätensetzung lässt sowohl die reale Bremer Situation als auch die internationale Entwicklung außer Betracht.

In welche Schulformen wechseln die SchülerInnen nach der 10. Klasse?

Zunächst soll hier einmal betrachtet werden, wie sich der Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II in Bremen real darstellt:

SchülerInnen im 12. Jahrgang in der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2009/2010 (1)	
Durchgängige Gymnasien (Q2)	1049
Gymnasiale Oberstufen ohne Sek.I (Q1)	829
Gymnasiale Oberstufen an Sek.I-Standorten (Q1)	339
Berufliche Gymnasien (2.Jahr)	294
Fachoberschule (2. Jahr)	427
Berufsschule dual (2. Jahr)	4922
Berufsfachschule (2. Jahr)	811
Fachschule (2. Jahr)	236
BFS/Q (2. Jahr)	64
B/BFS (2. Jahr)	156
Quelle: Schnellmeldungen des Sen.f.B.	

(1) Die Tabelle enthält einige Ungenauigkeiten: Unter den SchülerInnen der dualen Ausbildung und der Vollzeitausbildungen befinden sich ältere SchülerInnen. Außerdem befinden sich im dualen System auch SchülerInnen aus Niedersachsen.

Die Übersicht zeigt: Für die große Mehrheit der SchülerInnen ist Durchgängigkeit überhaupt nicht in der Diskussion. Von den 9127 SchülerInnen im 12. Jahrgang streben 2511 die allgemeine Hochschulreife an (GyO und berufliches Gymnasium). 1388 davon befinden sich in durchgängigen Schulen (Gymnasien und Oberschulen/Schulzentren mit GyO), das sind 15,21%. Würden alle selbstständigen GyO's aufgelöst und auf Oberschulen verteilt, ergäbe das beim gegenwärtigen Stand 2217 SchülerInnen im 12. Jahrgang an durchgängigen Schulen (24,29%). „Übrig“ blieben 75,71%. Die gesamte Planung ist auf den allgemeinbildenden Zugang zur Hochschulreife verengt.

Eine deutsche Chimäre ...

Die Vergleichsstudien der OECD zeigen, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine zu geringe Abiturientenquote hat. Mehr „Durchlässigkeit“ zum Hochschulzugang erfordert eine Sekundarstufe II, die flexibel auf die Lernbiographien der SchülerInnen reagieren kann. Der Gedanke, die gymnasiale Oberstufe müsse unbedingt an eine Schule der Sekundarstufe I angebunden sein, ist ein speziell deutscher und resultiert aus der „Leuchtturm“-Funktion des durchgängigen Gymnasiums, das früh ausgelesene SchülerInnen in fiktiv homogenen Lerngruppen zur Hochschulreife führt. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Staaten Europas einen Schulwechsel nach der Sekundarstufe I vorsieht. In allen skandinavischen und in allen romanischen Ländern ist dies die Regel. (S. hierzu: Döbert/ Hörner/ Kopp/ Reuter (Hrsg): Die Bildungssysteme Europas. Hohengeren 2010)

... und eine strategische Sackgasse

Die Abschaffung der an internationalen Vorbildern orientierten Sek.II-Zentren in der Stadtgemeinde Bremen hätte erhebliche Nachteile: Die geringen Jahrgangsbreiten vieler kleiner Oberstufen schränken die Wahlfreiheit und Fächervielfalt stark ein. Hierauf hat während der Schulgesetzdiskussion schon die Konferenz der gymnasialen Oberstufen hingewiesen, ohne Gehör zu finden. Kooperationen zwischen beruflicher und gymnasialer Abteilung in den Sek.-II-Zentren waren zwar unspektakulär und die Möglichkeiten wurden zum Teil nicht genug genutzt, es gab aber ein großes Entwicklungspotenzial. Gleichzeitig benachteiligt die Ausstattung einiger Oberschulen mit gymnasialen Oberstufen die restlichen Oberschulen, die hierdurch in die Gefahr geraten, zu „Restschulen“ zu werden. Mittelfristig ist der von der Bildungssenatorin beschrittene Weg eine bildungspolitische Sackgasse.

Aktuelle Probleme

Zusätzlich zu dieser strategisch in die Irre führenden Schulstandortplanung, deren Umsetzung viele Arbeitskapazitäten verschlingt, gibt es aktuelle Mängel, sowohl beim Zugang zum Abitur als auch beim Weg in die Berufsbildung.

Frequenzerhöhungen durch den doppelten Abi-Jahrgang

Im Schuljahr 2009/2010 haben 3601 SchülerInnen die Einführungsphase der GyO besucht, das waren 1218 mehr als im Schuljahr 2008/2009. Trotz zusätzlicher Lehrkräfte, die aus der Sek. I abgeordnet wurden, hat sich durch den Doppeljahrgang die Durchschnittsfrequenz in den Kursen der E-Phase von 20,9 auf 25 erhöht. Das bedeutet, dass Grundkurse mit über 30 SchülerInnen keine Seltenheit waren. Erhöhter Korrekturaufwand und schlechtere Lernbedingungen waren die Folge. Zusätzlich stellte sich das Problem der Stofffülle: In der E-Phase soll sowohl der Lehrplan des 10.Jahrganges erfüllt als auch fachmethodisch die Qualifikationsphase vorbereitet werden. G 8 hat sich als zusätzliche Belastung erwiesen, und das gilt auch für die Zukunft. Im Schuljahr 2012 wird es einen doppelten Abi-Jahrgang geben. An den Hochschulen, die darauf unzureichend vorbereitet sind, droht ein verschärfter Numerus Clausus. Ein verstärkter Druck auf den Lehrstellenmarkt, der AbgängerInnen mit einfacher Berufsbildungsreife oder ohne Abschluss kaum Chancen lässt, wird die Folge sein.

Der Übergang von der Sek. I in die Berufsausbildung

Das Lehrstellenangebot in der Stadtgemeinde Bremen entspricht z.Zt. etwa der Zahl der Bremer Schulentlassenen, die eine Lehrstelle suchen. Da aber ein großer Anteil mit

auswärtigen BewerberInnen besetzt wird (2009 waren es 42,6%) sind die Lehrstellen für Bremer SchülerInnen knapp. Deshalb ist eine Ausbildungsplatzabgabe zur Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze erforderlich, zur Not auch überbetrieblich.

Durchgängige Bildung ist nicht durch Langformschulen von Klasse 5 bis 12/13 zu schaffen

Das Problem durchgängiger Bildung stellt sich ganz anders, als es die Bildungssenatorin mit ihrem Konzept von Oberschulen mit angegliederter Oberstufe angeht. Dabei muss insbesondere der Übergang von der Kita in die Primarstufe und von dort in die Sekundarstufe I in den Blick genommen werden. Wenn schon nicht – wie in den skandinavischen Ländern – die Kinder und Jugendlichen bis zur 8., 9. oder 10. Klasse zusammen bleiben, ist verstärkte Kooperation zwischen diesen Institutionen notwendig. Das bedeutet, dass hierfür Arbeitskapazitäten zur Verfügung stehen und die Übergänge nicht durch konkurrenzorientierte Auswahlverfahren erschwert werden (s. hierzu den Artikel von Harry Eisenach). Durchgängigkeit in den unteren Klassenstufen – Wahlfreiheit und breites Angebot in den oberen: dieser Weg ist pädagogisch einleuchtend und hat sich international als erfolgreich erwiesen. Die Bremer Bildungspolitik praktiziert das genaue Gegenteil. Die Bremer Schulen hätten Besseres verdient, als sich mit der Umsetzung fauler schulpolitischer Kompromisse auseinander zu setzen.